



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Wirtschaft stärken – Nein zum 20-Punkte-Klimairrsinn

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die 20 Vorschläge des Bundesministers für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier, zur sogenannten „Stärkung von Klimaneutralität und Wirtschaftskraft“ vom 11. September 2020 völlig ungeeignet sind, die Wirtschaft zu stärken. Sie schwächen die Wirtschaft, verringern die Attraktivität des Industriestandorts Bayern und verhindern die Rückkehr von Erwerbslosen in die Erwerbstätigkeit.

Darüber hinaus erklärt der Landtag, dass die Forderungen des Bundesministers bezüglich des sog. „Klimaschutzes“ im Rahmen der bereits eingetretenen wirtschaftlichen Schäden durch die Coronavirus-Krise eine verantwortungslose Handlung darstellen.

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf, sich im Bundesrat gegen eine mögliche Initiative im Rahmen der Erklärung des Bundeswirtschaftsministers vom 11. September 2020 zu stellen und Bestrebungen wie die „Charta von Klimaneutralität und Wirtschaftskraft“ abzulehnen.

Begründung:

Während der Freistaat und die Bundesrepublik mit den schweren wirtschaftlichen Folgen des Corona-Desasters zu kämpfen haben, veröffentlichte der Bundeswirtschaftsminister am 11. September 2020 einen Text, in welchem er 20 Vorschläge präsentierte, welche „die Stärkung der Wirtschaft“ und „die Stärkung des Klimaschutzes“ vorantreiben sollen¹.

Der Bundeswirtschaftsminister erklärt in seinen Ausführungen die Wirtschaft mit dem Klimaschutz „versöhnen“ zu wollen. Er schlägt z. B. ein neues „Zertifizierungssystem“ vor, in welchem Einrichtungen die eigene Klimaneutralität zertifizieren lassen sollen oder „Carbon Contracts for Difference“, in welchem sich Unternehmen „freiwillig“ zu einem schnelleren „Transformationsprozess“ verpflichten, um so bei Investitionszuschüssen bevorzugt zu werden. Insgesamt will er mit seiner Strategie alle Unternehmen benachteiligen, die nicht der totalen Transformation aufgrund des sogenannten „menschengemachten Klimawandels“ folgen möchten oder können.

Namhafte Wirtschaftsverbände kritisieren Altmeiers Vorgehen scharf, wie der Verband der Familienunternehmer. Dessen Präsident Reinhold von Eben-Worlée nennt das Papier des Wirtschaftsministers „Blanker Aktionismus“, welcher vom „Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit direkt“ abgeschrieben sei und eine zusätzliche Belastung darstelle.

Um die Attraktivität des Industriestandorts Bayern nicht weiter zu gefährden, stellt sich der Landtag deshalb klar gegen neue Initiativen, die im Namen des Klimaschutzes die Wirtschaft und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen belasten.

¹ Papier des Bundesministers für Wirtschaft und Energie: https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/klima-schuetzen-wirtschaft-staerken.pdf?__blob=publicationFile&v=22